Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg

WAHLPRÜFSTEINE ZUR WAHL DES BERLINER ABGEORDNETENHAUSES 2016

1. Wie werden Sie sich für die *„Ehe für alle"* einsetzen?

2. Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität" ins Grundgesetz tun?

3. In welcher Form wollen Sie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen?

4. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?

5. Wie werden Sie sich für die Einrichtung einer Krisenwohnung für erwachsene schwule Männer einsetzen, denen z.B. Zwangsheirat droht?

6. Welchen Beitrag zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen Sie leisten?

7. Wie wollen Sie die *„Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt"* weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete?

8. Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?

9. Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?

10. Wollen Sie, dass die staatliche Unterstützung von Gender-Forschung eingestellt wird?

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
Fon: 030 - 4692-141/144
Fax: 030 - 4692-166
dennis.buchner@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd-berlin.de

LSVD Berlin-Brandenburg e.V.
Kleiststraße 35
10787 Berlin

Berlin, 01.07.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Steinert,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

1. **Wie werden Sie sich für die „Ehe für alle" einsetzen?**

   Die SPD setzt sich für die Öffnung der Ehe und damit für die 100-prozentige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare ein. Dazu gehört auch das Recht homosexueller Paare, Kinder zu adoptieren. Bisher scheitert die „Ehe für alle" auf Bundesebene am Widerstand von CDU und CSU, die in dieser Frage an einem traditionellen Familienbild (Mann, Frau, Kind(er) festhalten.

2. **Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität" ins Grundgesetz tun?**

   Wir wollen sicherstellen, dass Berlin auch weiter eine Vorreiterrolle beim Abbau von Diskriminierungen gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen einnimmt. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, das Recht auf Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität zu stärken und gesetzlich zu verankern.

3. **In welcher Form wollen Sie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen?**

Unser politisches Ziel bleibt: 100 Prozent Gleichstellung. Dazu gehört auch das Recht homosexueller Paare, Kinder zu adoptieren. Integration und Inklusion sind gelebte Realität in unseren Kindertageseinrichtungen. Wir wollen, dass jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle Förderung erhält. Dazu gehört auch, dass Kinder aus Regenbogenfamilien gleichberechtigt und frei von Benachteiligung und Anfeindungen aufwachsen können.

4. **Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?**

   Wir werden das Konzept für besonders schutzbedürftige Geflüchtete weiterentwickeln. Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Geflüchtete brauchen besonderen Schutz. Gerade in Gemeinschaftsunterkünften besteht die Gefahr, dass sie zum Opfer von Gewalt werden.

   Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften künftig feste qualifizierte Ansprechpersonen für besonders schutzbedürftige Geflüchtete gibt und sie im Falle von Bedrohung, Diskriminierung und Gewalt Unterstützung erhalten. Insbesondere beim Personal im Bereich Security werden wir verstärkt darauf achten, dass in den Unterkünften auch weibliches Sicherheitspersonal angestellt wird.

5. **Wie werden Sie sich für die Einrichtung einer Krisenwohnung für erwachsene schwule Männer einsetzen, denen z.B. Zwangsheirat droht?**

   Ja, wir unterstützen eine Anlaufstelle bzw. Krisenwohnungen für schwule Männer, die von Zwangsheirat bedroht sind.

6. **Welchen Beitrag zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen Sie leisten?**

   Wir wollen die rechtlichen Grundlagen für einen nachhaltigen Diskriminierungsschutz verbessern, indem das Land Berlin sich im Bundesrat dafür einsetzen wird, dass die Diskriminierung von homosexuellen Männern in beiden deutschen Staaten aufgearbeitet wird. Zudem unterstützen wir die Gesetzesinitiative von Bundesjustizminister Heiko Maas für eine Aufhebung der Strafurteile und eine entsprechende Rehabilitierung gegen schwule Männer sowie eine Entschädigung der Opfer.

7. **Wie wollen Sie die *„Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“* weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige**

Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete?

Die Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin. Die SPD Berlin wird die ISV fortsetzen und intensivieren vor allem der Bereich Bildung und Mehrfachdiskriminierung unter der besonderen Berücksichtigung der Trans- und Interpersonen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein Haus der queeren Archive und Museen ein. Wir unterstützen die Initiative der im Bündnis Queer Nations zusammenwirkenden schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums.

8. **Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?**

Schon seit mehreren Jahren ist das Thema „sexuelle Orientierung" Bestandteil von Schulrichtlinien. Schon ab der 1. Schulklasse lernen Kinder, ihr Denken und Fühlen nicht mehr an der Vater-Mutter-Kind-Familie orientieren, sondern an der „sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt". Sexuelle Vielfalt in Schulen ist ebenfalls Bestandteil der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" (ISV). Die Maßnahmen betreffen insbesondere den Bereich der Schule und Jugendhilfe, in dem Diskriminierungen, Mobbing und Gewalt wahrgenommen, abgebaut und präventiv verhindert werden sollen.

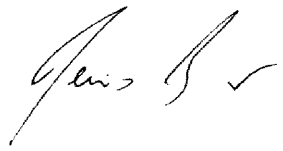
9. **Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?**

Ja, wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür stark machen, dass das Transsexuellengesetz unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf eine neue zeitgemäße Grundlage gestellt wird.

10. **Wollen Sie, dass die staatliche Unterstützung von Gender-Forschung eingestellt wird?**

Nein, Geschlecht spielt in allen Bereichen unseres Lebens eine zentrale Rolle: Als eigene Identität in konkreten Alltagssituationen in der Schule, im privaten Umfeld oder am Arbeitsplatz. Es gibt deshalb einen großen Bedarf an Gender-Expertise in den verschiedensten Arbeitsfeldern, um Geschlechterverhältnisse zu analysieren und um Instrumente zur Chancengleichheit, Anti-Diskriminierung und zur Infragestellung von Normen und Normalitäten zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen



Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer

CDU

Antworten der CDU Berlin
auf die Wahlprüfsteine
des Lesben- und Schwulenverbands
zur Abgeordnetenhauswahl 2016

1. Wie werden Sie sich für die „*Ehe für alle*" einsetzen?

Antwort:

Wir setzen uns schon lange für den Abbau von Diskriminierung und für die rechtliche Gleichbehandlung homosexueller Paare ein. Wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, begrüßen wir das. Die CDU Berlin hat im letzten Jahr in dieser Frage einen Mitgliederentscheid durchgeführt. Das mehrheitliche Votum unserer Mitglieder dagegen akzeptieren wir. Allerdings hat dieser Entscheid auch gezeigt, dass der überwiegende Anteil der jüngeren Mitglieder die Ehe für homosexuelle Paare befürwortet hat.

2. Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität" ins Grundgesetz tun?

Antwort:

Laut Artikel 3 Grundgesetz sind alle Menschen gleich, Männer und Frauen gleichberechtigt, und niemand darf aufgrund verschiedenster Merkmale wie Geschlecht, Abstammung oder Glauben benachteiligt werden. Die sexuelle Identität wird bisher nicht aufgeführt, obwohl Schwule, Lesben und Transmenschen Diskriminierung tagtäglich am eigenen Leib erfahren und sie die einzige Opfergruppe des Nationalsozialismus, deren Verfolgungstatbestand nicht explizit erwähnt wird. Deshalb befürworten wir auf Bundesebene die Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität" in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.

3. In welcher Form wollen Sie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen?

Antwort:

Berlin ist bunt. Die größte schwul-lesbische Community Deutschlands ist hier zu Hause. LSBTI steht in Berlin nicht nur abstrakt für lesbisch, schwul, bisexuell, trans- und intergeschlechtlich – LSBTI wird hier gelebt. Hunderttausendfach jeden Tag. Auch mit konservativen Werten, zum Beispiel in eingetragenen Lebenspartnerschaften und in Regenbogenfamilien mit lesbischen Müttern oder schwulen Vätern. Diese Vielfalt an Lebensentwürfen genauso wie die sexuelle Vielfalt in Berlin wollen wir voranbringen und schützen.

4. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?

Antwort:

In Berlin gibt es seit August letzten Jahres die anerkannte besondere Schutzbedürftigkeit von LSBTI-Flüchtlingen. Seit Ende Februar gibt es in unserer Stadt eine Unterkunft für homosexuelle und transgeschlechtliche Flüchtlinge mit 124 Plätzen. Allerdings muss es mehr Unterstützung geben, LSBTI-Flüchtlinge statt in Not- oder Gemeinschaftsunterkünften privat unterzubringen. Wir werden uns für Schulungen in den Flüchtlingsunterkünften einsetzen, um den Bewohnern klar zu machen, dass homo-

und transphobe Diskriminierung und Gewalt in Deutschland nicht toleriert wird. Nicht zuletzt bedarf es einer verstärkten Sensibilisierung des Personals, um ungeoutete LSBTI-Flüchtlinge erkennen und ihnen besonderen Schutz oder Hilfsangebote zukommen lassen zu können.

5. Wie werden Sie sich für die Einrichtung einer Krisenwohnung für erwachsene schwule Männer einsetzen, denen z.B. Zwangsheirat droht?

Antwort:

Wir werden uns für die finanzielle Absicherung für Beratungseinrichtungen, Not- bzw. Krisenunterkünfte und Präventionsangebote für die besonderen Bedarfe der Unterstützung bei Gewalt im Namen der Ehre einsetzen. Das Thema Zwangsheirat und sog. Ehrenmord muss zudem verpflichtender Bestandteil der Rahmenlehrpläne aller betroffenen Behörden, Institutionen und Organisationen sein.

6. Welchen Beitrag zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen Sie leisten?

Antwort:

Die nach § 175 StGB Verurteilten haben einst erhebliches Unrecht erlitten und müssen endlich vollumfänglich rehabilitiert werden. Die betroffenen Männer müssen von diesem strafrechtlichen Makel befreit werden. Angesichts des hohen Alters vieler Betroffener sollte die Rehabilitierung schnellstens umgesetzt werden.

7. Wie wollen Sie die *„Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“* weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete?

Antwort:

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (ISV) soll auch in der dritten Legislaturperiode fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die ISV ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Diskriminierung sowie gegen Homo- und Transphobie. Denn selbst in einer vermeintlich offenen und toleranten Stadt wie Berlin werden Schwule, Lesben und Transmenschen nach wie vor beleidigt und attackiert. Benachteiligungen bei der Wohnungs- oder Jobsuche sind heutzutage noch immer an der Tagesordnung. Hier wollen wir gegensteuern, indem wir Aufklärung, Beratung und die Opferhilfe ausbauen sowie entsprechende Einrichtungen und Projekte stärken.

8. Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?

Antwort:

Nach unserer Auffassung gehört zum Bildungsauftrag, die gesellschaftliche Wirklichkeit darzustellen. Wir halten die Berliner Realität, in der unsere Kinder natürlich aufwachsen für natürlich bunt. Deshalb ist

es wichtig, auch über bunte Lebensentwürfe und Homosexualität in Art und Weise aufzuklären. Hier gilt es vor allem auch das Angebot in der Erwachsenenbildung auszubauen. Von besonderer Wichtigkeit ist für uns, dass unseren Kindern in allen Bildungseinrichtungen grundsätzlich Wissen, Respekt, eigene Urteilskraft, Toleranz und Offenheit beigebracht wird.

9. Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?

Antwort:

Das im Juni 2009 verabschiedete und in Kraft getretene Transsexuellengesetz-Änderungsgesetz wurde das Erfordernis der Ehelosigkeit als Voraussetzung für die personenstandsrechtliche Anerkennung des neuen Geschlechts aufgehoben. Damit bleibt die Ehe bestehen, wenn ein transsexueller Ehepartner sein Geschlecht wechselt. Die Hürde für die Personenstandsänderung wurde ebenfalls beseitigt. Für das Selbstbestimmungsrecht von Transsexuellen bedarf es aber weitergehender Änderungen.

10. Wollen Sie, dass die staatliche Unterstützung von Gender-Forschung eingestellt wird?

Antwort:

Hochschulen und Universitäten verfügen bewusst über eine absolute Eigenständigkeit und Autonomie in Lehre und Forschung, in die die Politik nur sehr begrenzt Einfluss nehmen kann. Es ist für unsere gesellschaftliche Weiterentwicklung wichtig, nach den Ursachen zu forschen, welche Mechanismen eine Gleichstellung der Geschlechter behindern und wie eine Chancengerechtigkeit gefördert werden kann.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

LSVD Berlin-Brandenburg e.V.
Jörg Steinert, Geschäftsführer
Kleiststr. 35
10787 Berlin
Per E-Mail an: joerg.steinert@lsvd.de

Landesverband Berlin

Bettina Jarasch und Daniel Wesener
Landesvorsitzende

Kommandantenstraße 80
10117 Berlin

T +49 (0)30 615 005-0
F +49 (0)30 615 005-99
info@gruene-berlin.de
www.gruene.berlin

Berlin, 13. Juli 2016

Wahlprüfsteine des LSVD Berlin-Brandenburg – Grüne Antworten

Sehr geehrter Herr Steinert,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir die Wahlprüfsteine des LSVD Berlin-Brandenburg. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Jarasch
Landesvorsitzende

Daniel Wesener
Landesvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

WAHLPRÜFSTEINE DES LSVD ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2016 – GRÜNE ANTWORTEN

1. Wie werden Sie sich für die „Ehe für alle" einsetzen?"

Zu 1.: Die „Ehe für alle" ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiger Baustein, um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften endlich zu beenden. Die Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft war ein großer Erfolg bündnisgrüner Politik, aber es gibt keinen Grund, die Ehe nicht für alle Paare zu öffnen. Nur so können die letzten Diskriminierungen wie z.B. im Adoptionsrecht beseitigt werden.

Bei Abstimmungen im Bundesrat zum Adoptionsrecht und zur Öffnung der Ehe von lesbischen bzw. schwulen Paaren hat sich der Berliner Senat konsequent enthalten. Unsere beiden Anträge mit der Aufforderung an den Senat, sich der Bundesratsinitiative anzuschließen oder selbst im Bundesrat aktiv zu werden für die „Ehe für alle", wurden ergebnislos in den Fachausschuss des Abgeordnetenhauses überwiesen. Wir wollen Berlin zur progressiven Stimme unter den Ländern machen, aktiv für fortschrittliche Mehrheiten sorgen und neue Ideen für eine moderne und zeitgemäße Familienpolitik einbringen.

2. Was werden Sie für die Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität" ins Grundgesetz tun?

Zu 2.: Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auch der sexuellen Identität, verstehen wir als ein Menschenrecht. Daher ist die Aufnahme des Merkmals „Sexuelle Identität" in den Katalog der verbotenen Diskriminierungsgründe im Art. 3 des Grundgesetzes für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Wir haben in der letzten Wahlperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht und eine Bundesratsinitiative im Berliner Abgeordnetenhaus unterstützt. Einer erneuten Bundesratsinitiative stehen wir positiv gegenüber.

3. In welcher Form wollen Sie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen?

Zu 3.: Familie ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das bedeutet, dass alle staatlichen Förderungen auch Regenbogenfamilien gleichberechtigt zur Verfügung stehen müssen. Soweit dies die Praxis in der Zuständigkeit Berlins betrifft, muss dies auch im Bewusstsein aller Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung und der öffentlichen Einrichtungen verankert werden. Um die Akzeptanz von Regenbogenfamilien und gleichgeschlechtlichen Paaren zu erhöhen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insbesondere in Kitas und Schulen für mehr Aufklärung sorgen.

Erziehende und Lehrende, aber auch die Mitarbeiter*innen von Jugendämtern, sollen zum besseren Umgang mit der Vielfalt der Lebensformen geschult werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen aktiv Schulbuchverlage dazu ermutigen, dem Thema der Akzeptanz von vielfältigen Familienformen in all ihren Facetten fächerübergreifend in Schulbüchern und elektronischen Angeboten mehr Raum zu geben.

Seit drei Jahren gibt es in Schöneberg das bundesweit erste Regenbogenfamilienzentrum. Wir begrüßen dies sehr und haben uns gemeinsam mit anderen erfolgreich dafür eingesetzt, dass dieses Zentrum in die Regelförderung des Landes aufgenommen wurde. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen weitere Familienzentren schaffen – in denen in Kooperation mit den freien Trägern auch über Regenbogenfamilien informiert werden soll. Der Berliner Senat soll eine Studie in Auftrag geben, die die Lebenssituation von Kindern in Regenbogenfamilien untersucht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein „Institut der elterlichen Mitverantwortung" einführen. Dieses Institut soll die Rechte von Kindern stärken, die von mehr als zwei Elternteilen erzogen werden. Vor allem in Regenbogen- und Patchworkfamilien müssen die Beziehungen von Kindern zu ihren sozialen Eltern oft ausgehandelt werden. Erbschafts-, Unterhalts-, oder auch Umgangsrechte fehlen häufig. Durch den Vorschlag der bündnisgrünen Bundestagsfraktion soll ein rechtlicher Rahmen für verbindliche, vom Kindeswohl ausgehende Regelungen geschaffen werden. Gerade Eltern in Regenbogenfamilien wollen – teilweise schon vor der Geburt eines Kindes – ihre gemeinsame Verantwortung für das Kind dokumentieren und vereinbaren. Mit dem Institut können dies bis zu vier Erwachsene rechtlich verbindlich tun. Sie verpflichten sich damit gegenüber dem Kind und sind im Gegenzug gleichberechtigte Partner*innen bei der Erziehung.

Lesbische Paare müssen Zugang und Unterstützung bei reproduktionsmedizinischen Maßnahmen haben, ebenso unverheiratete oder alleinstehende Frauen. Einen exklusiven Zugang ausschließlich für heterosexuelle Paare lehnen wir als nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung ab.

Ansonsten haben wir in dieser Legislaturperiode ein umfassendes Landesantidiskriminierungsgesetz eingebracht und werden dies in einer dann hoffentlich anderen politischen Konstellation auch in der nächsten Legislaturperiode erneut zur Abstimmung stellen.

4. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?

Zu 4.: LSBTTIQ gehören zur Gruppe der besonders schutzbedürftigen Geflüchteten. Aus diesem Grund fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine vordringliche Behandlung ihrer Asylverfahren. Im Sozialdienst gibt es mittlerweile Ansprechpartner*innen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, aber auch das übrige LAGeSo-Personal bzw. die Mitarbeiter*innen des in Gründung befindlichen Amtes für Flüchtlinge müssen für die Belange von queeren Geflüchteten sensibilisiert werden.

Nachdem ein gemeinsamer Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Linken für den Schutz von queeren Geflüchteten im Abgeordnetenhaus in veränderter Fassung angenommen wurde, gibt es in der Folge mittlerweile eigene Unterbringungsmöglichkeiten für queere Geflüchtete. Diese sollen langfristig gesichert und bei Bedarf weiter ausgebaut werden. Das Personal in allen Unterkünften und aller Trägerorganisationen muss besonders für die Belange queerer Menschen sensibilisiert und geschult werden, um ihnen aktiv und schnell zur Seite stehen zu können. Darüber hinaus soll, wenn möglich, eine Anbindung an die queere Community bestehen, um die Integration so einfach wie möglich zu gestalten.

Auch brauchen queere Geflüchtete zielgruppenorientierte Beratungs- und Hilfsangebote. Hier soll ihnen ermöglicht werden, sich in Einzelgesprächen im sicheren Umfeld über ihre Belange und Bedürfnisse zu äußern.

Organisationen, die sich um die Belange von geflüchteten LSBTTIQ-Personen kümmern, müssen finanziell weiter gestärkt werden. So soll es ermöglicht werden, die benötigten Stellen weiter bedarfsgerecht auszubauen. Auch für die freiwilligen Helfer*innen, die Beratungsstellen und Heime unterstützen, werden für Fortbildungen und benötigte Supervision weitere finanzielle Mittel benötigt.

Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN ab, da gerade für queere Flüchtlinge die zur Disposition stehenden Herkunftsstaaten in der Regel nicht sicher sind. Berlin muss im Bundesrat gegen weitere sogenannte sichere Herkunftsstaaten stimmen und Gesetzesinitiativen zur Einschränkung des Asylrechts für queere Menschen ablehnen.

5. Wie werden Sie sich für die Einrichtung einer Krisenwohnung für erwachsene schwule Männer einsetzen, denen z. B. Zwangsheirat droht?

Zu 5.: Die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gehört für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Grundwerten unserer Gesellschaft. Allen Angriffen auf diesen Grundwert unserer offenen Gesellschaft treten wir entschieden entgegen, egal, von welcher Seite aus solche Angriffe geführt werden. Deshalb werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die Einrichtung einer Krisenwohnung für von Zwangsheirat bedrohte Männer wohlwollend prüfen.

6. Welchen Beitrag zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen Sie leisten?

Zu 6.: Die Geschichte der nach 1945 unter dem § 175 StGB und dem § 151 StGB der DDR verfolgten Schwulen muss fundiert aufgearbeitet werden. Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN hat bereits 2010 und 2012 Anträge zur Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 wegen ihrer Homosexualität in beiden deutschen Staaten verurteilten Männer eingebracht. Da auf Bundesebene nach wie vor die Aufhebung der Unrechtsurteile nach 1945 sowie eine umfassende Aufarbeitung, Rehabilitation und Entschädigung durch die Union verhindert wird, sollte Berlin hier seine Vorreiterrolle verstärken. Wir begrüßen zwar, dass Berlin wiederholt Bundesratsinitiativen zu diesem

Anliegen eingebracht hat. Allerdings ging uns die vom rot-schwarzen Senat eingebrachte Initiative nicht weit genug, da sie nur auf die Aufhebung der Urteile nach §§ 175 StGB, 175a, Nr. 3 und 4 und § 151 StGB der DDR ausgerichtet war, nicht aber auf eine Entschädigung der Betroffenen. In jedem Falle sollte die historische Forschung zu den Auswirkungen des § 175 StGB und des § 151 StGB der DDR in Berlin weiter ausgebaut werden. Denkbar ist auch eine Entschuldigung des Abgeordnetenhauses für das auch vom Land Berlin begangene Unrecht.

7. Wie wollen Sie die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpaketen?

Zu 7.: Wir sehen die Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV) weiterhin als wichtiges Instrument, um in alle Bereiche der Gesellschaft hineinzuwirken, ob in Bildung, Arbeitswelt, Familie, Jugend- und Senior*innenpolitik, Freizeit, Sport, Kultur und Verwaltung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen umfassenden programmatischen Antrag zur Weiterentwicklung der ISV bereits im Mai 2012 eingebracht, der allerdings von der Koalition abgelehnt wurde. Die rot-schwarze Koalition hat dagegen die ISV, entgegen eigener Versprechungen im Koalitionsvertrag, vernachlässigt. Sie verfährt nach einem finanziellen Gießkannenprinzip, ohne erkennbare Prioritätensetzung. Von den lange angekündigten acht Anträgen der Koalition wurden nur fünf eingebracht, davon drei in der vorletzten Plenarsitzung, so dass sie, sollten sie in der letzten Plenarsitzung beschlossen werden, in der laufenden Legislaturperiode keinerlei Wirkung mehr entfalten werden. Die ersten beiden Beschlüsse zu den Themenfeldern Pflege und Alter sowie Geschichtsdokumentation und Forschung brachten im Vollzug kaum Neuerungen hervor. Wesentlich mehr Wirkung zeigte der in dieser Reihe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Linken eingebrachte Antrag zum Schutz queerer Geflüchteter, durch dessen Beschluss immerhin die Einrichtung einer ersten geschützten Unterkunft für LSBTTIQ-Geflüchtete in Berlin erfolgte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Weiterentwicklung der ISV zu einer Initialisierungsplattform für innovative queere Projekte und die Verstetigung der ISV durch Überführung der erfolgreichen Projekte in den Regelhaushalt. Auf diese Weise erhalten die Träger der einzelnen Maßnahmen Planungssicherheit und es können im Rahmen der ISV mit frei werdenden Mitteln neue Projekte initiiert werden. Die ISV soll so zu einem Labor für eine moderne und offene Stadtgesellschaft werden. In jedem Fall sollte die Bewertung der Projekte nicht allein der Verwaltung überlassen werden, sondern die Akteur*innen der queeren Community und der Stadtgesellschaft müssen einbezogen werden.

Langfristig soll die ISV in ein Diversity-Konzept aufgehen, dass die Belange queerer Menschen in allen Lebensbereichen und -lagen berücksichtigt. Die Initiative Sexuelle Vielfalt wird so zu einem Querschnittsprojekt, das alle Lebensbereiche der Berliner*innen betrifft.

8. Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?

Zu 8.: Ja. Öffentliche Aufklärungsarbeit – wie etwa in Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen – ist notwendig und muss konsequent alle geschlechtlichen und sexuellen Identitäten einschließen. Bündnisgrüne Bildungspolitik setzt sich dafür ein, dass die Beschäftigung mit der Vielfalt sexueller Identitäten Gegenstand in Schule und Kindererziehung ist und traditionelle Rollen- und Geschlechterbilder hinterfragt werden.

Schulen sollen für Kinder und Jugendliche einen Raum des offenen und respektvollen Umgangs bieten. Sexuelle Identität und Diversity-Themen sind an Schulen immer noch zu sehr tabuisiert. Nur durch einen sicheren und bewussten Umgang mit LSBTTIQ-Themen können Trans*- und Homophobie vom Schulhof verschwinden.

Vielfalt soll im Alltag der Schüler*innen als Chance und Bereicherung erlebbar sein. Dazu gehört, queeren Kindern und Jugendlichen ein angstfreies Coming-out zu ermöglichen. Mit der Einrichtung mindestens eines queeren Jugendzentrums mit landesweitem Bezug soll außerhalb der Schule ein geschützter Bereich für Jugendliche geschaffen werden, in dem sie angstfrei ihr Coming-out erleben, sich mit Gleichaltrigen austauschen und entwickeln können. Um möglichst viele Jugendliche in ihrem Kiez erreichen zu können, wollen wir Räume und Angebote in Freizeit- und Beratungszentren für Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt öffnen und ihren Mitarbeiter*innen adäquate Angebote zur Sensibilisierung und Weiterbildung bereitstellen.

Alle pädagogisch Arbeitenden müssen im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung für die Probleme, Ängste und Bedürfnisse von LSBTTIQ-Jugendlichen sensibilisiert werden. Durch entsprechende Fortbildung von Lehrkräften und mit Input durch freie Träger sollen LSBTTIQ-Themen in allen weiterführenden Schulen behandelt werden. Schulbücher und Lehrmaterialien sollen gesellschaftliche Vielfalt einschließlich aller sexuellen Identitäten abbilden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die kontinuierliche Qualifizierung und Benennung von Diversity-Beauftragten in allen Schulen, die als Ansprechpartner*innen sowohl für Schüler*innen, Eltern als auch für das Kollegium fungieren können. Aufklärungs- und Beratungsprojekte von LSBTTIQ-Jugendlichen an Berliner Schulen unterstützen wir in ihrer wichtigen Arbeit. Daneben soll auch mittels so genannter Peer-to-peer-Ansätze der Austausch zwischen Gleichaltrigen und innerhalb von Zielgruppen gefördert werden.

9. Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?

Zu 9.: Ja. Mittlerweile sind vom Bundesverfassungsgericht zwar weite Teile des Transsexuellengesetzes (TSG) für verfassungswidrig erklärt worden, dennoch verweigert sich die Bundesregierung einer längst überfälligen und menschenwürdigen Reform. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen von Trans*-Personen ausrichtet. Dies werden wir von Berlin über den Bundesrat in die Wege leiten. Dies geschieht gemeinsam mit einer kritischen Prüfung des Personenstandsgesetzes.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür ein, dass die individuelle Geschlechtsidentität von Trans*-Menschen nicht länger als psychische Störung klassifiziert wird. Das Recht von Trans*-Menschen auf eine selbstgewählte medizinische Unterstützung darf nicht darauf gründen, dass sie sich als psychisch krank definieren lassen müssen. Trotzdem dürfen Krankenkassen und Krankenversicherungen nicht aus der Zahlungspflicht genommen werden.

Auf Berliner Ebene ist uns außerdem der ungehinderte Zugang zu umfassender und professioneller Beratung für Trans*-Menschen ein wichtiges Anliegen. Wir haben aktiv dazu beigetragen, dass Vereine und Organisationen, die auf diesen Gebieten tätig sind, eine Förderung erhalten. Auch weiterhin sollen Mittel für wissenschaftliche Arbeitskreise und Netzwerke gesichert werden.

10. Wollen Sie, dass die staatliche Unterstützung von Gender-Forschung eingestellt wird?

Zu 10.: Vorbemerkung: Der Begriff „Gender-Forschung" ist kein akademischer Begriff, sondern wird häufig abwertend gebraucht für verschiedene akademische Forschungsbereiche, insbesondere für die Fächer Gender Studies bzw. Queer Studies sowie die Geschlechterstudien einzelner Fachrichtungen oder auch das Fach Sexualpädagogik. Die folgende Antwort bezieht sich auf die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte und Lebensrealitäten von LSBTTIQ-Personen und benutzt den Begriff „Gender-Forschung" nicht weiter.

Antwort: Nein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die wissenschaftliche Arbeit zur Lebenswirklichkeit von LSBTTIQ anregen und fördern. An Hochschulen und Universitäten muss sich Vielfalt widerspiegeln. Gerade in Studiengängen der Bereiche Pädagogik, Medizin und Psychologie ist die Sensibilisierung für die Lebenswirklichkeit von LSBTTIQ entscheidend und muss stärker in die Ausbildungen einfließen. Dabei sind Projekte zu fördern, die über die heteronormative Perspektive hinausgehen und sich der Vielfalt von Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen widmen. Auch die wissenschaftliche Forschung zu neuen Familienentwürfen und Familienformen sowie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bilden für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schwerpunkte.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 92 89
Telefax +49 30/24 00 92 60

info@die-linke-berlin.de
www.die-linke-berlin.de

Berliner Bank AG
Konto-Nr. 43 84 81 68 00
BLZ 100 200 00
Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

Jörg Steinert
LSVD Berlin Brandenburg e.V.
Kleiststraße 35
10787 Berlin

Mail: joerg.steinert@lsvd.de

Betr.: Ihr Schreiben vom 28. Juni 2016

12.07.2016

Sehr geehrter Herr Steinert,

mit Schreiben vom 28. Juni 2016 haben Sie sich an den Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Berlin aus Anlass der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016 mit der Bitte um Beantwortung Ihrer Fragen gewandt.
Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten. Unsere Antworten auf die gestellten Fragen finden sie in der Anlage auf den nächsten Seiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Koch

Sebastian Koch

Referent des Landesvorsitzenden

Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin auf die Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016

1. *Wie werden Sie sich für die „Ehe für alle" einsetzen?*

Wir werden die Hängepartie des rot-schwarzen Senats beenden. Im Bundestag ist derzeit ein Gesetzentwurf des Bundesrates (ohne die Stimmen Berlins beschlossen) anhängig. Sollte der Bundestag bis zu seiner Neuwahl 2017 den Gesetzentwurf nicht beschließen, wird Berlin noch im Jahr 2017 initiativ werden und einen neuen Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land auch einem eventuellen Gesetz des Bundestages im Bundesrat zustimmt.

2. *Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität" ins Grundgesetz tun?*

Dazu braucht es breite Mehrheiten auf Bundesebene. Berlin wird mit uns auch dazu im Bundesrat initiativ werden. Auch wenn ein Antrag keine verfassungsändernde Mehrheit finden sollte, ist allen die Diskussion darum wichtig. Wir wollen den Druck auf die CDU an dieser Stelle erhöhen und deutlich machen, dass ihre Verweigerungshaltung Flanken ins rechtspopulistische Lager öffnet. Angesichts zunehmender Homo- und Transfeindlichkeit in unserer Gesellschaft sollte das auch anständigen Konservativen die Schamesröte ins Gesicht treiben.

3. *In welcher Form wollen Sie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen?*

Das Land Berlin muss Druck machen, damit die noch verbliebenen Reste von Ungleichbehandlung registrierter Paare beendet wird. Ein Beispiel dafür sind Formulare, wie für Steuererklärungen. Hier muss endlich zügig und gründlich gearbeitet werden.

Beziehungen in denen Kinder erzogen werden brauchen die umfassende Unterstützung der Gesellschaft, egal welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlicher Identität die Eltern sind.

Mit uns wird Berlin sein Engagement für Regenbogenfamilien verstärken, sei es durch finanzielle Unterstützung des Regenbogenfamilienzentrums des LSVD oder durch eine umfassende Sensibilisierungsarbeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe der Berliner Bezirke. Ein breites Maßnahmenpaket dazu wird unsere ISV 2.0 nach einem Neustart und Einbeziehung der lsbtti* Communities beinhalten.

4. *Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?*

Gemeinsam mit den Grünen haben wir bereits im Januar 2015 den Senat aufgefordert, sich stärker um die Interessen lsbtti* Geflüchteter zu kümmern. Berlin gilt vielen von ihnen als Fluchtpunkt und das sollten wir als Kompliment nehmen, wenn es um gelebte Freiheiten geht. Neben einer soliden und nachhaltigen Finanzierung der Arbeit der Träger für geschützte Unterkünfte brauchen wir einen Ausbau der Beratung von lsbtti* Geflüchteten, eine Sensibilisierung und nachhaltige Schulung des

Personals in den Flüchtlingsunterkünften. Außerdem muss sich der Senat auf Bundesebene für einen besseren Schutz dieser Geflüchteten, der den Anforderungen der aktuellen europäischen Rechtsprechung entspricht, einsetzen. In unserer Neuauflage der ISV wird es auch Maßnahmen geben, die Integration von lsbtti* Geflüchteten in die Communities der Stadt zu fördern. Allein die Initiativen der letzten beiden Jahre lassen uns darauf hoffen, viele Vorschläge aus Gruppen, Initiativen und Trägern zu bekommen, die wir maßgeblich in die Erarbeitung der ISV 2.0 einbinden wollen.

5. *Wie werden Sie sich für die Einrichtung einer Krisenwohnung für erwachsene schwule Männer einsetzen, denen z.B. Zwangsheirat droht?*

Auch das wird Teil unserer ISV 2.0 sein. Vielfalt zu fördern heißt für uns auch, besondere Lebenslagen zu erkennen und die Nöte die sich aus ihnen ergeben, zu lindern. Berlin muss hier aus unserer Sicht aktiv werden und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

6. *Welchen Beitrag zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen Sie leisten?*

Berlin hat bereits mit der ISV 2010/2011 eine Reihe von Schritten zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, gemacht. An dieses Engagement wollen wir anknüpfen und Berlin wieder zu einer Vorkämpferin an dieser Stelle machen. Neben Rehabilitierung und Entschädigung, die auch auf Bundesebene geklärt werden müssen, wollen wir als Land Berlin einen weitaus größeren Beitrag leisten, um die Erinnerung an die Verfolgung aber auch das Leben und den Kampf um Emanzipation schwuler Männer, lesbischer Frauen und auch von Trans* und Intersexuellen zu bewahren. Dazu unterstützen wir die Wiedererrichtung des Magnus-Hirschfeld-Institutes und werden die Zahl der Zeitzeugeninterviews (derzeit drei pro Jahr) deutlich erhöhen.

7. *Wie wollen Sie die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete?*

2009 wurde auf Initiative der LINKEN ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen Homo- und Transfeindlichkeit, die Initiative »Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt« (ISV), beschlossen und in den Jahren 2010/2011 umgesetzt. Fünf Jahre Große Koalition haben diese Entwicklung gebremst. Entgegen aller Versprechungen sahen sich SPD und CDU nicht in der Lage, die ISV konzeptionell weiterzuentwickeln. Heute ist Berlin, der Geburtsort der modernen Bewegungen von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI*), nur noch Mittelmaß in Sachen Gleichstellung. Andere Bundesländer, die nach 2009 die ISV nachnutzten und weiterentwickelten, haben Berlin längst überholt. Dabei stellten sich nach der ersten ISV aus den Jahren 2010-2011 eine Reihe neuer Fragen und Herausforderungen, die aufgegriffen werden müssen. Selbst das Fortbestehen der ISV stand in den Jahren der schwarz-roten Schlafwagenmentalität in Frage. Ohne das Engagement aus den Communities wäre das 2011 Erreichte verloren gewesen.

Wir meinen, Berlin braucht einen Neustart der ISV, der sich ressortübergreifend, dialogorientiert und nachhaltig entwickeln muss. Wir streiten dafür, dass aus der Initiative eine dauerhafte Struktur

der Akzeptanzarbeit entsteht, in der die Landesantidiskriminierungsstelle und die vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kooperieren.

Neben den überfälligen Schritten

- der rechtlichen Gleichstellung, wie der „Ehe für alle" mit vollem Adoptionsrecht und
- der Rehabilitierung und Entschädigung der nach den §§ 175 StGB und 151 StGB-DDR verurteilten Männer,
- der Arbeit im Bildungsbereich und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, mit mindestens einem queeren Jugendzentrum für Berlin,
- der Sicherung, Bewahrung und Präsentation der Erinnerung der LSBTTI* Communities in der Stadt,
- der Wiedererrichtung des Magnus-Hirschfeld-Institutes,
- der Förderung für Regenbogenfamilien,
- der Arbeit für und mit Senior*innen mit verschiedenen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten,
- der Öffnung der gesamten Verwaltung,
- der Förderung der Sichtbarkeit und der Sicherung der Rechte von Trans- und Intersexuellen,
- der Förderung der Selbstorganisation in den bunten Communities der Stadt

wollen wir neue Themen auf die Agenda setzen. Dazu gehören die Arbeitswelt genauso wie der Sport und die weitere Verstärkung der präventiven Arbeit gegen Gewalt an LSBTTI*.

8. *Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?*

Ja. Wenn wir das Wachstum der Stadt wirklich gestalten wollen, braucht es mehr Schulaufklärung und nicht (bei Stagnation der Angebote und wachsender Bevölkerung) weniger.

9. *Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?*

Ja. Wir unterstützen die Forderungen des AK TSG Reform. Siehe tsgreform.de

10. *Wollen Sie, dass die staatliche Unterstützung von Gender-Forschung eingestellt wird?*

Nein, im Gegenteil.

Antwort der Piraten Berlin:

1. Wie werden Sie sich für die „Ehe für alle" einsetzen?

Wir werden darauf drängen, dass es hierzu eine weitere Bundesratsinitiative gibt und der Berliner Senat dann dieser endlich auch zustimmt.

2. Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der„sexuellen ldentität" ins Grundgesetz tun?

Wir werden hierzu eine Bundesratsinitiative starten bzw. den Senat aufforden, dies zu tun, da uns von Landesebene keine anderen Instrumente zur Verfügung stehen.

3.In welcher Form wollen Sie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen?

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen einen besonderen Schutz und Unterstützung durch den Staat und die Gesellschaft.

Der Wunsch, eine Familie zu gründen, darf nicht am klassischen Familienbild hängen bleiben. Die geschlechtliche Identität oder die sexuelle Orientierung darf hierbei keine Rolle spielen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugendämter bei Adoptionsanfragen homosexuelle Beziehungen, heterosexuellen Beziehungen gegenüber gleich bewerten. Wir setzen uns für eine Vereinfachung des Adoptionsrechtes ein und fordern grundsätzlich die Möglichkeit für alle Menschen, Kinder zu adoptieren. In allen Jugendämtern, soll es bei der Auswahl von Pflegefamilien keinen Unterschied machen, ob es sich um eine heterosexuelle, homosexuelle oder transexuelle Partnerschaft handelt.

4. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen,homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?

Wir haben bereits in mehreren Bezirken mit anderen Fraktionen in den BVVen besondere Einrichtungen für queere Menschen gefordert, in denen eine bessere Betreuung gewährleistet wird. Wir unterstützen auch Aufklärungskampagnen in den jeweiligen Geflüchtetenunterkünften, dass Homosexualität, Transexualität auch ein Flucht- und Asylgrund seien kann und dies im Asyleingangsverfahren auch angegeben werden sollte.

5. Wie werden Sie sich für die Einrichtung einer Krisenwohnung für erwachsene schwule Männer einsetzen, denen z.B. Zwangsheirat droht?

Eine Krisenwohnung wird für diverse Gründe gebraucht. Sei es häusliche Gewalt oder andere familiäre Konflikte. Für diese Fälle sollte es vom Senat eine Finanzierung geben für mindestens 3 - 5 Kriesenwohnungen in Berlin. Hierfür

werden wir uns einsetzen, so wie wir uns auch für die Finanzierung der Gewaltschutzambulanz eingesetzt haben.

6.Welchen Beitrag zur Rehabilitierung und Entschädigung von Männern,die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen,wollen Sie leisten?

Wir setzen und dafür ein, dass die Opfer der Stafverfolgung auf Grund von Homosexualität durch das BerRehaG und StrRehaG rehabilitiert werden und eine Opferrente ähnlich dem SED-Unrechtsgesetz oder dem Opferentschädigungsgesetz in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz zugesprochen bekommen.

7. Wie wollen Sie die„Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Maßnahmenpakete?

Die beschlossenen Maßnahmen sollten zügig umgesetzt werden. Diese reichen jedoch nicht aus. Die Forderungen der Piraten gehen viel weiter. LGBTI Rechte sind Menschenrechte und sind als solche zu schützen und zu achten. Die Aufklärung an Schulen ist voran zu treiben und zu fördern. Schutzräume sind zu gewährleisten. Strukturelle und körperliche Gewalt gegen LGBTI sind konsequent zu verurteilen und zu verfolgen. Das Personal in der Bezirks- und Landesverwaltung ist in Schulungen und Fortbildungen für das Thema zu sensibilisieren.

8. Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventivzu begegnen?

Ja.

9. Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?

Ja, Wir wollen das Personenstandsgesetz reformieren, sodass jede Person das Recht hat, ihren Namen selbst zu wählen und behördlich zu ändern.

Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen. Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen. Geschlechtszuordnende Operationen an nichtzustimmungsfähigen Personen sind abzulehnen.

10. Wollen Sie, dass die staatliche Unterstützung von Gender-Forschung eingestellt wird?

Nein. Die wissenschaftliche Erforschung geschlechtlicher Rollenzuschreibungen und der damit verbundenen gesellschaftlichen Erwartungshaltungen ist wichtig für die Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Gleichstellung und Anti-Diskriminierung.

Freie FDP
Demokraten
Berlin

Lieber Jörg Steinert,

anbei übersende ich Ihnen die Antworten zu den Wahlprüfsteinen des LSVD Berlin- Brandenburg. Die FDP Berlin bedankt sich bei Ihnen und den vielen amtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern für das großartige Engagement, das Sie für die Community in Berlin und Brandenburg leisten. Wir bedanken uns auch für die gute Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahren und freuen uns auf die nächsten Jahre.

Zur Frage 1)

Die vollständige rechtliche Gleichstellung von homosexuellen und transsexuellen mit heterosexuellen Menschen ist der Berliner FDP ein großes Anliegen. Wir unterstützen jegliche Initiative, die zu dieser Gleichstellung beiträgt. Die Berliner FDP hat sich vor 3 Jahren auf ihrem Landesparteitag und in ihrem aktuellen Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl für die Ergänzung des Diskriminierungsverbots des Artikels 3 GG um das Merkmal der sexuellen Identität ausgesprochen.

Zur Frage 2)

Die Berliner FDP bekennt sich seit Jahren zu einer solchen Ergänzung des Artikel 3 GG. Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir über das Landesparlament den Druck auf die Bundesregierung erhöhen. Die Berliner FDP setzt sich auch innerhalb der FDP Gesamtpartei für ein Ja zur Ergänzung des Artikel 3 GG ein.

Zur Frage 3)

Freie Demokraten sind moderne Großstadtbürger. Sie schätzen den Wert der Vielfalt. Wir stehen für ein modernes Gesellschaftsbild: Familie ist für uns jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft, in der Menschen füreinander und insbesondere für Kinder Verantwortung übernehmen. Das gilt unabhängig vom Geschlecht der Elternteile, zum Beispiel in Regenbogenfamilien.

Wir verteidigen die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Wir unterstützen die Öffnung der Ehe und das gleichberechtigte, gemeinsame Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare im Interesse des Kindeswohls. Das Land Berlin muss mit gutem Beispiel voran gehen.

Auch in vielen Dingen des täglichen Lebens muss dies deutlich werden: So sollen auch Regenbogenfamilien das Familienticket für die Bäderbetriebe erhalten können.

Zur Frage 4)

Die Berliner FDP hat sich im November 2015 auf ihrem Landesausschuss („Kleiner Parteitag"), für einen besonderen Schutz geflüchteter Homosexueller und Transsexueller ausgesprochen. Homosexuelle und transsexuelle Geflüchtete verdienen Schutz, wenn nötig auch durch die Unterbringung in eigenen Unterkünften, wenn sie von Übergriffen durch z.B. Landsleute bedroht sind. Hilfsorganisationen und Verbände, die sich für diese Personengruppen einsetzen und Wohnprojekte organisieren, sollen vom Berliner Senat und den Bezirken aktiv unterstützt werden. Auch die Heimbetreiber müssen für das Thema sensibilisiert werden, um mögliche Übergriffe zu verhindern.

Freie FDP
Demokraten
Berlin

Zur Frage 5)

Berlin bzw. die Berliner LSBTI- Verbände haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie gute Partner für Projekte dieser Art sind. Der Lebensort Vielfalt und das LSBTI- Flüchtlingsheim der Berliner Schwulenberatung sind Leuchttürme in Deutschland und Europa. Der Senat muss solche Projekte mit Vorbildcharakter aktiv unterstützen. Der Anstieg von Zwangsheiraten bei schwulen Männern wie auch bei lesbischen Frauen, insbesondere in muslimischen Familien, sehen wir mit großer Sorge: Hier werden die Menschenrechte verletzt. Der Staat muss die Betroffenen schützen. Er muss im Dialog mit den muslimischen Verbänden auf die Einhaltung geltenden Rechts hinwirken und die Aufklärung insbesondere an Schulen verstärken.

Zur Frage 6)

Die Rehabilitierung der Opfer des §175 muss schnell vorangetrieben werden. Der Berliner Senat muss sich für die umgehende Rehabilitierung der Verurteilten stark machen. Auf Bundesebene dürfen CDU/CSU und SPD die Rehabilitierung nicht auf die nächste Wahlperiode aufschieben. Die bis zur Reform des §175 Verurteilen haben einen Anspruch auf eine öffentliche Entschuldigung und eine individuelle Entschädigung für die Verletzung ihrer Menschenrechte

Zur Frage 7)

Die Rot-Schwarze Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag beteuert, die Initiative (ISV) wie auch das Bündnis fortzuführen und weiterzuentwickeln. Einrichtungen, Projekte und Angebote in den Bereichen Aufklärung, Beratung und Opferhilfe sollten ausgebaut werden. Tatsächlich bleibt die Initiative und ihr Erfolg gefährdet und muss stabilisiert werden. Dabei müssen laufende Projekte positiv begleitet, evaluiert und ggf. neu justiert werden. Hier müssen Senat und Verwaltung den Dialog mit allen Stakeholdern (Projekten, Organisationen, Vereinen und Verbänden) der LSBTI-Community verstärken, die dort vorhandene Kompetenz ernst nehmen und in ihrer Handlungsfähigkeit stärken. Dazu bedarf es der politischen Bereitschaft, die Prioritäten beim Einsatz der Haushaltsmittel so zu setzen, dass nicht nur symbolische Akte, sondern auch eine tatsächliche Stärkung der Initiative resultieren.

Zur Frage 8)

Schulbücher und Rahmenlehrpläne müssen der Vielfalt des Zusammenlebens in der Gesellschaft gerecht werden. Die Gesellschaft war immer bunter als Verfechter eines einseitigen heteronormativen Familienbildes es uns weismachen wollen.

In unseren Schulen ist kein Platz für Hass und Gewalt gegenüber Minderheiten. Lehrerinnen und Lehrer müssen geschult werden, um Diskriminierung von Minderheiten zu erkennen und ihr entschieden entgegenzutreten. LGBTI- Verbänden, die zur Bildung an den Schulen beitragen wollen, muss es gestattet werden, an Projekttagen in die Schulklassen zu gehen.

Freie FDP
Demokraten
Berlin

Zur Frage 9)

Die FDP hat nach Anhörung mit Organisationen Betroffener bereits 2011 ein Positionspapier beschlossen:

Die Namens-und Personenstandsänderung soll erleichtert werden (kürzere Fristen, Einschränkung des Gutachterwesens), Leistungen der Krankenkassen bei Geschlechtsangleichung sollen gesichert und vereinheitlicht werden.

In der letzten Regierungsverantwortung im Bund hat die FDP eine Änderung des Personenstandrechts für Intersexuelle durchgesetzt:

Neugeborene, die ohne eindeutige Geschlechtsmerkmale geboren wurden, müssen seit 2013 nicht mehr sofort einem Geschlecht zugeordnet werden, sondern können die Geschlechtszuordnung später selbstbestimmt vornehmen.

Zur Frage 10)

Die Forschungsfreiheit wird durch Art. 5 Absatz III GG gewährleistet: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei." Politik kann, darf und soll nicht entscheiden, worüber an staatlichen Universitäten geforscht wird. Deshalb entscheiden die Gremien akademischer Selbstverwaltung der Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie über Art und Umfang ihrer wissenschaftlichen Aktivitäten unabhängig von ideologisch motivierter Einflussnahme. Freie Demokraten stehen zum Grundgesetz und lehnen jeden politischen Eingriff in den Forschungskanon von Hochschulen ab. Dafür gibt es auch keinen sachlichen Anlass oder objektiven Bedarf.

FDP Berlin, 12. Juli 2016
Ansprechpartner: Sebastian Ahlefeld (LGBTI- politischer Ansprechpartner der Berliner FDP, Vorsitzender des LFA 14 LGBTI- Politik)

Wahlprüfsteine LSVD der AfD LV Berlin

1. Die AfD steht vollumfänglich hinter der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit all ihren Rechten und Pflichten. Die AfD anerkennt schwul-lesbische Lebensformen als Ausdruck einer freien Gesellschaft und steht auch für den Schutz dieser Minderheiten ein.

   Die Gleichstellung mit der Ehe lehnt die AfD ab.

2. Da Minderheiten grundsätzlich nicht diskriminiert werden dürfen, was bereits Verfassungslage ist, sieht die AfD keine Notwendigkeit einer weiteren Präzisierung von Diskriminierungsverboten.

3. Die Gleichstellung homosexueller Paare ist grundgesetzlich geregelt und gesetzlich umgesetzt. Die AfD ist gegen jede ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. Sie stellt dazu fest, dass Ehe und Familie ausdrücklich unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen. Da – wie vom Bundesverfassungsgericht seit Jahrzehnten festgestellt - diese in verfassungswidriger Weise steuerlich und abgabenrechtlich diskriminiert werden, ist die Beendigung dieser Diskriminierung von Ehe und Familie zu beenden. Die grundgesetzlich gebotene Privilegierung von Familien mit Kindern bedeutet nicht eine negative Diskriminierung von Lebensformen mit auch theoretisch ausgeschlossener Nachwuchsproduktion.

4. Die AfD steht zum Asylrecht des Grundgesetzes, also den Schutz vor politischer Verfolgung auch wegen der sexuellen Orientierung. Sie lehnt die illegale Migration unter Bruch des Grundgesetzes 16 a Absatz 2 jedoch ab. Der beste Schutz Homosexueller ist die Durchsetzung des Rechts in Deutschland und ein glaubwürdiges Bekenntnis zur FDGO aller Migranten als Norm des Zusammenlebens in Deutschlands. Islamisches Scharia-Recht, das sich gegen Homosexuelle etc. richtet, darf es in Deutschland nicht geben. Dafür steht allein die AfD in der politischen Landschaft und macht damit ein attraktives Politikangebot auch für Schwule und Lesben in Berlin.

5. Zwangsheiraten dürfen nicht toleriert werden, da sie den grundgesetzlich geschützten individuellen Persönlichkeitsrechten diametral widersprechen. Die Werte unseres Rechtsstaats müssen sich hier durchsetzen.

6. Die AfD Berlin anerkennt, dass die Betroffenen rehabilitiert und entschädigt werden sollen. Bundesgesetzliche Regelungen sind zu diskutieren.

7. https://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/diversity/beispiele-guter-praxis/isv/

   Insbesondere den Bereich Schwerpunkt Bildung und Jugendhilfe lehnen wir ganz überwiegend ab. Die frühsexuelle Aufklärung im Sinne der Gender-Ideologie lehnen wir in Gänze ab

Grundsätzlich muss gelten: Homosexualität ist eine Form der sexuellen Orientierung und muss im Rahmen der sexuellen Selbstbestimmung in unserer freien Gesellschaft diskriminierungsfrei und selbstverständlich gelebt werden können. Da dieser Grundsatz, für den die AfD auch steht, bei den Bürgern verankert ist, bedarf es keiner weiteren staatlich geförderten Initiativen.

8. Nein.

9. Das Transsexuellengesetz sollte in den Fällen, in denen es Verfassungsgerichtsurteilen nicht gerecht wird, verfassungsrechtskonform angepasst werden.

10. Ja.